

1 Gleiche Arbeit, gleicher Job also auch gleiche Rechte und gleiche Bezahlung.

Für gleiche Arbeit sind gleicher Lohn und gleiche Bedingungen zu gewährleisten, unabhängig von Arbeitsvertrag, Herkunft, Nationalität oder Geschlecht der Arbeitnehmer.

2 Der Arbeitsort zählt, nicht die Herkunft des Arbeitnehmers.

Das „Prinzip des Aufnahmelandes“ muss überall in der EU umgesetzt werden. Jeder Arbeitnehmer muss berechtigt sein, die Rechte und sozialen Bedingungen des Landes, in dem sie/er arbeitet, in Anspruch zu nehmen. Der gleichzeitige Export von niedrigerem Lohn und schlechteren Bedingungen mit Arbeitnehmern ist wirtschaftlich und sozial gesehen schädlich für Individuen, Familien, Unternehmen und Gemeinschaften. Er untergräbt den Sozialdialog und führt zu unlauterem Wettbewerb und Sozialdumping.

3 Alle Arbeitnehmer in Europa verdienen den Schutz eines angemessenen Mindestlohns – entweder durch Tarifverträge oder durch die Gesetzgebung.

Alle europäischen Länder sollten für alle geltende Mindestlöhne haben; die entweder von den Sozialpartnern ausgehandelt oder gesetzlich vorgeschrieben werden, und diese müssen eingehalten, verteidigt und gestärkt werden.

4 Arbeitsverhältnisse müssen vereinfacht und harmonisiert werden, um Klarheit zu schaffen und Missbrauch zu vermeiden.

Prekäre Beschäftigung ist ein Nährboden für den in der EU existierenden zerstückelten und komplizierten Mischmasch von Beschäftigungsvorschriften. Zuviel Komplexität behindert den Schutz gegen Ausschluss und Diskriminierung, führt zu mangelnder Transparenz, administrativen und geschäftlichen Kosten und ermöglicht schlechten Arbeitgebern, die Sozialgesetzgebung zu umgehen. Wir brauchen klare, einfache und gerechte Vorschriften auf EU-Ebene, die im Einklang stehen mit den IAO-Standards, der EU-Sozialcharta und der Agenda für menschenwürdige Arbeit.

5 Alle Arbeitnehmer sollten durch Tarifverhandlungen abgedeckt werden – der wirkungsvollste Weg um zu verhindern, dass Menschen unter Niedriglohnarbeit zu leiden haben.

Gefährdete Arbeitnehmer müssen durch Tarifverträge abgesichert sein und Arbeitgeber haben die grundsätzliche Pflicht, konstruktiv an Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften teilzunehmen. Regierungen müssen diesen Prozess mit Maßnahmen unterstützen, die den Aufbau von Kapazitäten für die Sozialpartner und den Sozialdialog einschließen, und sie müssen die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen fördern, zur Sicherung von gleicher Behandlung und sozialer Einbeziehung.

6 Prekäre Beschäftigte brauchen einen klaren und einfachen Zugang zu Festanstellungen.

Wir brauchen Mechanismen für den Übergang von prekären Beschäftigten in Festanstellungen und zur Beseitigung der Hindernisse, die prekäre Beschäftigte vom „ersten Arbeitsmarkt“ ausschließen. Diese Trennung betrifft in unverhältnismäßiger Weise gefährdete Arbeitnehmerkategorien wie junge Leute, Frauen, Migranten sowie Leiharbeiter und Saisonarbeiter.

7 Europa braucht starke und gut finanzierte öffentliche Arbeitsverwaltungen, die sich auf die Bekämpfung von prekärer Arbeit konzentrieren.

Öffentliche Arbeitsverwaltungen müssen erhalten und gestärkt werden um zu gewährleisten, dass sie die Bewegung von Arbeitnehmern in Europa überwachen und die Übereinstimmung mit der Arbeits- und Sozialgesetzgebung zur Bekämpfung ungerechter und illegaler Praktiken gewährleisten können. Private Arbeitsvermittlungsagenturen sind für diese Aufgaben nicht geeignet.

8 Für Leiharbeitsunternehmen und sonstige Arbeitsvermittler ist eine wirksame Regelung erforderlich – und diese muss gut durchgesetzt werden.

Leiharbeitsunternehmen müssen dazu gebracht werden, angemessene Mindeststandards einzuhalten.





Die Umsetzung der Leiharbeitsrichtlinie muss sorgfältig überwacht und mit Mechanismen zur Erstellung von Schwarz-Weiß-Listen und klaren und wirkungsvollen Sanktionen im Fall von Missbrauch ergänzt werden.

9 Arbeitgeber müssen für ihre Leiharbeiter verantwortlich gemacht werden.

Unternehmen, die mit Unterauftragnehmern arbeiten, müssen angemessene Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmer in ihren Lieferketten gewährleisten. Die Tatsache, dass ungerecht behandelte Arbeitnehmer nicht direkt bei ihnen beschäftigt sind, kann keine Entschuldigung sein. Sie müssen auf angemessene Standards bestehen, die wirkungsvolle Strafen für Unterauftragnehmer vorsehen, die diese nicht einhalten.

10 Prekäre Beschäftigte müssen organisiert sein und ein Mitspracherecht haben.

Die Gewerkschaften haben die Pflicht, die durch prekäre Beschäftigungsverhältnisse bedingte Aushöhlung der Solidarität zu bekämpfen, prekäre Beschäftigte zu organisieren, sie zu vertreten und ihre Interessen in Tarifverträge einzubringen. Prekäre Beschäftigte müssen die Möglichkeit haben und dazu ermutigt werden, als Gewerkschaftsmitglieder ihre Meinung zu äußern, sich gegenseitig zu unterstützen und Unsicherheit zu bekämpfen.



FIGHT PRECARIOUS WORK

SOCIAL JUSTICE FROM FARM TO FORK

EFFAT represents the interests of more than 2.6 million members, affiliated to 130 national trade unions in 38 European countries in agriculture, food production and tourism.

10 KERNPUNKTE ZUR Bekämpfung von prekärer Beschäftigung

**IM NAHRUNGSMITTEL-, LANDWIRTSCHAFTS-
UND TOURISMUSSEKTOR**

